«Die Hamas wird mit Samthandschuhen angefasst»

Dieser Beitrag erschien zuerst auf Nebelspalter.ch

Das Interview mit Sacha Wigdorovits führte Camille Lothe

Die Fakten: Ein offener Brief von 70 ehemaligen Schweizer Diplomaten enthält laut dem Verein Fokus Israel und Nahost «unbewiesene und faktisch falsche Behauptungen» gegen Israel. Der Verein reagiert darauf mit einer Petition an den Bundesrat.

Warum das wichtig ist: Seit den Terrorakten vom 7. Oktober 2023 tobt auch ein Kampf um die Deutungshoheit. Nur mit Rückhalt des Westens kann Israel die Hamas für ihre Verbrechen zur Rechenschaft ziehen.

Der Hintergrund: 70 Ex-Diplomaten fordern in ihrem Brief, dass die Schweiz Israel boykottieren soll. Gleichzeitig werden der Hamas keinerlei Sanktionen angedroht. Der Brief verlangt nicht, dass die Hamas ihre Waffen niederlegt oder die Macht im Gazastreifen aufgibt.

Zudem spricht er sich für die Unterstützung des UN-Flüchtlingshilfswerks UNRWA aus – trotz deren Verbindung zur Terrororganisation Hamas.

Angesichts der «massiven Angriffe und ungerechtfertigten Anschuldigungen» hat der Verein Fokus Israel und Nahost beschlossen, eine Petition zu lancieren.

Der Bundesrat soll zu seinen ehemaligen Angestellten auf Distanz gehen und Israel weiterhin gerecht behandeln.

Der «Nebelspalter» hat mit Sacha Wigdorovits, Initiator der Petition, über die Hintergründe und die Beweggründe der Aktion gesprochen.

Der Verein Fokus Isreal und Nahost macht im Brief der ehemaligen Diplomaten «unbewiesene und faktisch falsche Behauptungen» fest. Israel werde «diffamiert». Gehören solche Falschbehauptungen zum Geschäftsmodell im öffentlichen Diskus gegen Israel?

Ja, leider ist dies der Fall. Viele, die Israel wegen des Krieges in Gaza attackieren, kennen weder die genauen Fakten noch die Rechtslage. Sie glauben blind der Lügenpropaganda der Hamas und ihrer Unterstützer bei uns im Westen. Ich sage nicht, dass Israel in diesem Konflikt alles richtig macht. Aber die Dämonisierung und Diffamierung, die Israel zuteilwerden, ist ungerechtfertigt und inakzeptabel.

Im Gegensatz zu Israel werden der Hamas im Offenen Brief der ehemaligen EDA-Angestellten aber keinerlei Sanktionen angedroht. Was bedeutet dies für die jüdische Bevölkerung in der Schweiz?

Unter der sozialdemokratischen Bundesrätin Micheline Calmy-Rey hat im EDA eine israelfeindliche Haltung Einzug gehalten. Daran haben sich sowohl Israel als auch die jüdische Bevölkerung in der Schweiz gewöhnt. Der jetzige EDA-Vorsteher, Bundesrat Ignazio Cassis, bemüht sich zwar seit seinem Amtsantritt, dies zu ändern, aber da er personell nicht einfach tabula rasa machen konnte, ist dies schwierig. Zudem hat er keinen Einfluss darauf, wenn ehemalige Diplomaten in der Öffentlichkeit israelfeindliche Hamas-Propaganda verbreiten.

In Ihrer Petition bitten Sie den Bundesrat, dem Druck seiner ehemaligen Mitarbeiter nicht nachzugeben, sondern Israel in seinem Existenzkampf Gerechtigkeit zuteilwerden zu lassen. Der Bundesrat könne sicher sein, dass er dabei nicht nur die Moral und das Völkerrecht auf seiner Seite haben, sondern auch die grosse Mehrheit der Schweizer Bevölkerung. Geht in der öffentlichen Diskussion die Meinung der Mehrheit unter den Pro-Palästina-Aktivisten verloren?

Davon bin ich überzeugt. Der Krieg in Gaza ist ein Thema, bei dem eine grosse Diskrepanz herrscht zwischen der veröffentlichten Meinung in vielen Medien sowie dem lautstarken Geschrei von ein paar Tausend pro-palästinensischen Aktivisten auf der einen Seite und der Meinung eines Grossteils der Schweizer Bevölkerung auf der anderen Seite. Ich bin sicher, die grosse Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer weiss genau, dass in diesem Krieg einzig und allein die Hamas die Schuldige ist und Israel das Opfer. Ein Opfer, das von einer menschenverachtenden Terrororganisation bedroht wird, hinter der mit Katar und dem Iran zwei skrupellose fundamentalislamistische Länder stehen, welche der gesamten westlichen Zivilisation den Kampf angesagt haben.

Was kritisieren Sie besonders am Schreiben der 70 Ex-Diplomaten?

Besonders stossend an dem Schreiben der früheren EDA-Mitarbeiter ist, dass sie den Bundesrat zwar auffordern, rigorose Sanktionen und Boykotte gegen Israel zu verhängen, aber dass sie auf der anderen Seite die Hamas mit Samthandschuhen anfassen. So unterlassen sie es vor allem, von der Hamas zu fordern, dass sie ihre Waffen niederlegt und auf die Macht in Gaza verzichtet, damit dort eine Verwaltung die Verantwortung übernehmen kann, die zu einer friedlichen Ko-Existenz mit Israel bereit ist. Ausserdem strotzt der Brief von Vorwürfen an die Adresse Israels, für die

jede faktische Grundlage fehlt und bei denen es einzig und allein darum geht, Propaganda für die Palästinenser zu machen.

Hier die Petition unterschreiben: https://www.change.org/FokusIsrael